

## KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasien Studien an der Universität Passau.

### ■ Europäisches Schiff auf neuer Mission: Rettung von Rohingya-Flüchtlingen im Golf von Bengalen

Ein Schiff, das bereits 12.000 MigrantInnen im Mittelmeer rettete, war im März 2016 auch im Golf von Bengalen und der Andamanen See in Südostasien unterwegs. Besitzer des Schiffes ist die in Malta ansässige Wohltätigkeitsorganisation Migrant Offshore Aid Station (MOAS). Die Organisation möchte Flüchtlinge retten, dazu zählen auch die Rohingya, eine muslimische Minderheit im Rakhine Staat, im isolierten Westen Myanmars, die von der Regierung nicht als ethnische Gruppe und StaatsbürgerInnen anerkannt wird. Seit dem gewaltsamen Kon-

flikt 2012 fristen sie ihr Dasein als Binnenflüchtlinge in Camps oder versuchen, in klapprigen Booten nach Malaysia oder Thailand zu kommen. Laut den Vereinten Nationen leitete die Regierung Myanmars 2015 einen Prozess ein, der rund 25.000 Rohingya ermöglichte, die Camps zu verlassen und an ihren Wohnort zurückzukehren. Die Bevölkerung setzt große Hoffnungen in die neue Regierung und damit in die Nationale Liga für Demokratie (NLD), der Partei von Aung San Suu Kyi. Der neue Minister für religiöse Angelegenheiten Aung Ko sorgte jedoch

gleich bei seinem Amtsantritt im April 2016 für großen Unmut. In einem Interview behauptete er, dass Muslime in Myanmar keine vollen Staatsbürger seien. Aufgrund von Verzögerungen und Unstimmigkeiten zwischen den thailändischen Behörden und MOAS konnte die europäische Schiffsmission im Golf von Bengalen nur für zwei Wochen in einem begrenzten Gebiet um Ranong in Südthailand abgehalten werden.

*Irrawaddy, 4.4.2016*

*MOAS 22.3.2016*

*Reuters, 21.3.2016*

*SkyNews, 26.2.2016*

### ■ Gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste in Latpadan jährt sich

Am 10. März 2016 jährt sich die gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste in Latpadan durch die Polizei. Studierende, AktivistInnen und JournalistInnen protestierten friedlich gegen das Nationale Bildungsgesetz, das ihre akademischen Freiheiten einschränken würde.

127 AktivistInnen wurden verhaftet. Aung San Suu Kyi machte in einer Stellungnahme Anfang April 2016 klar, dass die Freilassung von politischen Gefangenen, AktivistInnen und Studierenden eine hohe Priorität der neuen Regierung sei. Zum traditionellen myanmarischen Neujahrsfest im

April begnadigte der neue Präsident U Htin Kyaw über 200 politische Gefangene, unter ihnen auch Studenten aus den Protesten von Latpadan.

*Frontier Myanmar, 18.4.2016*

*Reuters, 8.4.2016*

*Irrawaddy, 7.4.2016*

*Democratic Voice of Burma, 10.3.2016*

### ■ Die neue Regierung Myanmars wird die Pläne der 3 Sonderwirtschaftszonen prüfen

Forderungen werden laut, dass die neue Regierung die Pläne für die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) in Myanmar prüfen soll. Bisher gäbe es nur Fortschritte in der von Japan unterstützten Thilawa-SWZ nahe Yangon, während die Entwicklungen in der von Thailand gegründeten Dawei-SWZ in der Region Tanintharyi und in der von China unterstützten Kyaukphyu-SWZ im Rakhine Staat durch die Widerstände in der lokalen Bevölkerung und einen Finanzierungsmangel ins Stocken geraten sind. SWZs, abgegrenzte Gebiete innerhalb eines Staates, sollen in- und ausländische InvestorInnen zumeist

durch Zoll- und Steuererleichterungen ansprechen und Impulse an die lokale Wirtschaft abgeben. Die Interessenvertretung Arakan Oil Watch fordert in ihrem im März 2016 veröffentlichten Bericht „Breaking the Course“ die Regierung dazu auf, ihre Strategie für die Verwaltung nationaler Ressourcen zu ändern. Sie plädieren für ein Mitspracherecht der lokalen Bevölkerung sowie für eine Beteiligung an den Profiten. Seit 2004 beträchtliche Gasvorkommen im Rakhine Staat entdeckt wurden, begannen Unternehmen wie Myanmar Oil and Gas Enterprise, Chevron, Conoco-Phillips und China Nati-

onal Petroleum Corporation mit einer großangelegten Gasförderung. Besonders im Rakhine Staat haben viele Menschen durch die Projekte ihre Existenzgrundlage durch Landenteignungen verloren. U Han Thar Myint, ein Mitglied des NLD-Wirtschaftskomitees sagte, dass SWZ theoretisch gut für die Wirtschaft seien, es jedoch zu prüfen wäre, inwieweit individuelle Projekte zukunftsfähig seien. Er versprach eine eingehende Prüfung der SWZ-Projekte, sobald die neue Regierung detaillierte Informationen vorliegen habe.

*Democratic Voice of Burma, 22.3.2016*

*Myanmar Times, 1.3.2016*